
DER CRASH IN DER NATIONALÖKONOMIE

Rezension von N. Kloten, Die Transformation von Wirtschaftsordnungen, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 132, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1991, 46 Seiten;

J. Backhaus (Hrsg.), Systemwandel und Reform in östlichen Wirtschaften, Metropolis-Verlag, Marburg 1991, 366 Seiten. B. Wehner, Das Fiasko im Osten, Auswege aus einer gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Metropolis-Verlag, Marburg 1991, 140 Seiten.

Will man allgemeine Bemerkungen zur Transformation der östlichen Wirtschaften und dem Beitrag von nationalökonomischer Theorie dazu machen, stehen einem fast nur mehr Trivialitäten zur Verfügung, wie etwa, daß der Umbruch unerwartet sowie plötzlich gekommen sei und die Nationalökonomien vor einem neuen Problem gestanden wären. Erschwerend kam hinzu, daß die Gegebenheiten sofortiges wirtschaftspolitisches Handeln erzwingen und somit den Theoretikern kaum Zeit blieb, um nachzudenken. Doch gehört es erfreulicherweise zu den quasiautomatischen Reaktionen der westlichen Wissenschaft, in jedem Fall auf derartige Herausforderungen zu reagieren. Demnach kann es nicht verwundern, daß eine stets steigende Zahl von Studien zu diesem Thema publiziert wird, umso mehr als die indessen verstrichene Zeit die ersten Ergebnisse der Entwicklung und damit auch eine Bewertung der bisher betriebenen Wirtschaftspolitik möglich macht.

Einen Überblick des Problems vermittelt die deutsche Fassung eines

Vortrages, den N. Kloten im Rahmen einer Veranstaltung des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (Economics and Politics in Transition) im Herbst 1990 gehalten hatte. Dazu beginnt der Autor in klassischer deutscher Tradition mit einem Kapitel „Thema und Begriffe“, um dann jene Ansätze zu referieren, die Beiträge einer Theorie des Systemwandels darstellen könnten, ausgehend von Euckens ordnungspolitischen Vorstellungen, über die neueren institutionstheoretischen Arbeiten, die ökonomische Theorie der Politik, die Theorie der Property Rights und der Transaktionskosten bis zum Institutional-Choice-Ansatz. Schließlich faßt er Voraussetzungen und Kennzeichen des Transformationsprozesses zusammen. Hervorzuheben wären seine wiederholten Hinweise auf die jeweils spezifischen Bedingungen einzelner Länder oder Ländergruppen und auch auf die Möglichkeit eines graduellen Vorgehens.

Sehr detailliert machen sich die Autoren des von J. Backhaus herausgegebenen Sammelwerks an die Analyse des Transformationsprozesses. H. Wagner holt in seinem systemtheoretischen Überblick weiter aus als Kloten; er verweist vor allem auf die frühen Österreicher Mises und Hayek, die lange vor den deutschen Ordnungstheoretikern die mangelnde Funktionsfähigkeit des Sozialismus statuierten. Angesichts der begrenzten Aussagefähigkeit ökonomischer Ansätze umfaßt die Arbeit auch soziologische Evolutionstheorien von Marx über Durkheim, Parsons und Weber bis Luhmann, ohne freilich am Mangel einer zureichenden Theorie des Systemwandels etwas ändern zu können.

St. Panther prüft an Hand der „Neuen Wachstumstheorie“ ein mögliches Zurückbleiben der östlichen Volkswirtschaften nach der Transformation. Der Autor selbst wie auch St. Collignon finden freilich wenig Anhaltspunkte für eine derartige Ent-

wicklungsprognose. T. Eger und P. Weise entwickeln ein Transformationsmodell aus der ökonomischen Katastrophentheorie. H. Maier beschäftigt sich eingehend mit dem Scheitern der Perestrojka, verstanden als „aufgeklärter Absolutismus“, sowie eines plan- und marktwirtschaftlichen Mischsystems. Diese Problematik wird auch von B. Krug unter dem Gesichtswinkel der Institutionentheorie analysiert.

Den Kern der Studie findet man im Abschnitt über das „Geldwesen“. H. Riese stellt fest, „daß der Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus und noch mehr von Marktwirtschaft und Planwirtschaft jene Eindeutigkeit fehlt, die es erlaubt, von einer Systemüberlegenheit zu sprechen“.

Diese ergäbe sich schon daraus, daß der Überlegenheit der Marktwirtschaft in der ersten Welt eine ebensolche Insuffizienz in der dritten gegenüberstehe. Es fehle eine allgemeine Theorie für die „Funktionsbedingungen von Systemen“. Ihm scheint am ehesten die Rückbesinnung auf das traditionelle Systemkriterium Privateigentum versus gesellschaftliches Eigentum sinnvoll. Ersteres bedeutet private Aneignung des Zinses bzw. Profits, letzteres dessen gesellschaftliche. Gibt man dem Zinsanspruch eine monetäre Fundierung, dann sind Kapitalismus und Geldwirtschaft Synonyme sowie Sozialismus und Planwirtschaft. Damit verliert das Kriterium der Systemüberlegenheit im wohlfahrtsökonomischen Sinn seine Bedeutung und wird durch jenes der Funktionsfähigkeit des Systems ersetzt.

Der Sozialismus scheiterte erst dann, „als er sich den Funktionsbedingungen des Kapitalismus stellen mußte. Erst in diesem Moment hat er sich im strengen Sinne überhaupt erst einer Systemkonkurrenz gestellt. Das aber bedeutet, daß eben nicht die Verletzung der wohlfahrtsökonomisch be-

stimmten Normen der liberalen Ökonomie, sondern deren Akzeptanz den Niedergang der sozialistischen Ökonomien verursacht hat. Denn sie gerieten mit dieser Normakzeptanz in Widerspruch zu den Funktionsbedingungen der Planwirtschaft und setzten sich einer Systemkonkurrenz aus, die sie nicht bestehen konnten“ (S. 129).

Wie stets sind die Überlegungen des Autors originell. Dennoch fordern sie zu einigem Nachdenken heraus: Da ist zunächst die Einbeziehung der dritten Welt in die (Nicht-)Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus.

Das scheint unzulässig, erstens, weil diese nicht einfach dem Kapitalismus zugerechnet werden kann. Es gab viele solcher Länder sozialistischen Zuschnitts – die letzte Säule, geborsten schon, ist Kuba –, und zweitens ist deren geringere Produktionsleistung auf die zeitliche Sequenz des Industrialisierungsprozesses zurückzuführen. Weiters aber liefert Riese eine Ex-post-Kategorisierung. Die sozialistischen Klassiker konnten und wollten sich keine Gedanken über rechenhaftes Wirtschaften im Sozialismus machen – auch die sozialdemokratischen Programme der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts blieben darin sehr vage – aber nach Wissen des Rezensenten gibt es nirgendwo in der sozialistischen Literatur auch nur einen Ansatz, materiellen Mangel zur Bewahrung der gesellschaftlichen Aneignung des Profits in Kauf zu nehmen. Jeglicher sinnvolle Sozialismusbegriff wird wohl den wohlfahrtsökonomischen Aspekt nicht ausschalten können.

Das meint der Autor letztlich auch selbst, wenn er schreibt: „Mangelwirtschaft und Stagnation lassen sich nur schwer mit sozialistischen Normen in Einklang bringen“ (S. 135). Und daher widmet er den Großteil seines Beitrages der Systemkonkurrenz von Geldwirtschaft und Planwirtschaft und expliziert subtil die zentrale Rolle des Geldes und Zinses bzw. Profits für die

Effizienz des Kapitalismus (Die Pointe seines Beitrages erreicht er freilich in Zusammenarbeit mit dem Setzer, wenn er meint, daß „die sozialistischen Ökonomen nicht oder nur mittelbar an den Funktionsmechanismen der Planungsökonomie zugrunde gegangen ...“ seien, denn man erhält doch den Eindruck, dem wäre so).

Den geldwirtschaftlichen Überlegungen folgend, und davon ausgehend, daß in den Planwirtschaften Geld weniger knapp ist als Güter, entwickeln H. Herr und A. Westphal ein konzises Programm für den Übergang zur Marktwirtschaft. Diese Aspekte werden von U. Busch und H. Schmied in bezug auf die ehemalige DDR abgehandelt, wobei sie sich auch mit dem geringen strukturändernden Effekt der vergleichsweise hohen Investitionsrate auseinandersetzen.

Der Beitrag von U. Pagano über Eigentumsrechte und institutionelle Stabilität steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem Thema des Buches – und wurde auch gar nicht dafür verfaßt. K. Schüler entwickelte ein makroökonomisches Modell über die Beschäftigungsentwicklung in der ehemaligen DDR im Gefolge der Vereinigung, während M. Assenmacher und A. Förster die ostdeutsche Arbeitsmarktstruktur besonders unter dem Gesichtswinkel der regionalwirtschaftlichen und der Segmentationsproblematik untersuchen.

J. Wahl und B. Frischmuth sowie G. Maier diskutieren die Funktion des Finanzausgleiches für die Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern.

Die vom Setzer und Riese zugrundegerichteten sozialistischen Ökonomen kommen im Schlußabschnitt doch zu Wort. Folgend einer Diskussion von U. P. Reich und E. K. Seifert über Produktionstheorie nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften verwirft R. Mondelaers einfach alles. „Die chronische Krisensituation der Industriegesellschaften und die sich ver-

schärfende Krisensituation der Welt als Ganzes zeigen, daß alle Versuche gescheitert sind, auf der Grundlage der bestehenden Theorien und Methoden Analysen und Handlungsmethoden für die Mikro- und Makrosphäre zu entwerfen.“ H. G. Nutzinger führt geduldig aus, daß dem doch nicht so sei.

F. Reheis argumentiert im wesentlichen dahin, daß eine befriedigende sozialistische Wirtschaftsentwicklung infolge der außenpolitischen Gegebenheiten nicht zu erwarten gewesen seien, da sich die Sowjetunion zeit ihres Bestandes stets in der Situation einer belagerten Festung befunden habe. Auch hier läßt der Koreferent (G. Krause) dem Autor diesen summarischen Ansatz nicht durchgehen. Aber selbst, wenn man sich mit diesem begnügte, scheint die Aussage vollkommen unplausibel, da sowohl Deutschland wie Japan, trotz ihrer aggressiven Rüstungs- und Kriegspolitik in den dreißiger Jahren, respektable wirtschaftliche Leistungen vollbrachten, nicht zu reden von der ökonomischen Explosion nach dem 2. Weltkrieg, wiewohl ersteres längere Zeit sozusagen „Frontstaat“ gewesen war.

Alles in allem vermittelt der Band eine Fülle von interessanten und anregenden Beiträgen zum Transformationsthema, welche geeignet sind, die Forschung in diesem Bereich weiterzutreiben. Wiewohl das Buch auch Artikel enthält, die sich speziell mit dem Problemen der ehemaligen DDR beschäftigen, ist es im Prinzip auf die allgemeine Transformationsproblematik angelegt. Die Studie von B. Wehner (Das Fiasko im Osten) beschäftigt sich ausschließlich mit den ökonomischen Folgen der deutschen Einigung und stellt angesichts der deprimierenden Wirtschaftslage in Ostdeutschland die heikle Frage, ob eine Wirtschaftspolitik denkbar gewesen wäre, die geringere Opfer in Ost und West gefordert hätte.

Wehner rekapituliert die Situation

um die Jahreswende 1989/90, als Wissenschaft, Politik und Publizistik eine rasche Überwindung der Wirtschaftsprobleme im Osten vor allem durch einen massiven Zustrom westlichen Investitionskapitals erwarteten. Als sich erwies, daß die Eingliederungsproblematik der Ostwirtschaft weit unterschätzt worden war, wurde diesem Umstand nur allmählich und sehr vorsichtig Rechnung getragen.

Ende 1991 ist das Arbeitsvolumen in Ostdeutschland um 50% gesunken. Zwar bedeutet das infolge der Einkommensübertragungen keinen Wohlstandsverlust, aber es zeigt sich, daß nur mehr rund die Hälfte des Gesamteinkommens aus der Region stammt. Die – trotz hoher staatlicher Subventionen – mangelnde Investitionsbereitschaft läßt die östliche Sachkapitalausstattung noch weiter unter den westlichen Standard zurückfallen. Es hat den Anschein, als müßten die Mittel für den Aufbau der östlichen Privatwirtschaft auch überwiegend durch den Staat aufgebracht werden – mit entsprechenden Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Die ursprüngliche Einkommensangleichung innerhalb von drei Jahren dürfte nach Meinung des Autors dreißig Jahre dauern. Die Inanspruchnahme der westlichen Einkommen wird einen inflatorischen Druck erzeugen, den man – wie Figura schon zeigt – durch restriktive Geldpolitik abfängt.

Natürlich sei die Bundesregierung Anfang 1990 unter dem Druck der Einwanderung gestanden. Wäre jedoch damals die Entwicklung korrekt prognostiziert worden, hätte ein anderer Weg gewählt werden können, etwa die Zahlung eines Solidaritätsbetrages an jeden ostdeutschen Bürger. Dadurch wäre nicht nur eine politische Geste gesetzt, sondern das ostdeutsche Einkommen gesteigert, vor allem aber Zeit für eine Transformation der östlichen Wirtschaft gewonnen worden, die dann in vieler Hinsicht eher der Marktwirtschaft entsprochen hätte als jetzt.

Wie die Dinge liefen, führten sie zum Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie, welche, abgesehen von allen institutionellen Problemen, durch die neuen, hohen Lohnkosten sowohl in der BRD als auch im Osten konkurrenzunfähig geworden war. Die ostdeutschen Löhne entwickelten sich nämlich keineswegs dem Markt entsprechend, sondern näherten sich sehr rasch dem westlichen Niveau. Nun war die Vorstellung der „Lohnpeitsche“ schon im Westen problematisch, wie denn im Osten, wo alle Voraussetzungen für eine auf diese Weise erzwungene Produktivitätssteigerung fehlten.

Zwar sind die Entscheidungen schon gefallen, aber Wehner sieht noch wirtschaftspolitische Möglichkeiten. So könnte man das Unternehmerrisiko im Osten verringern, daß den Betrieben ertragsabhängige Steuern und Abgaben bis zur Höhe eventueller Bilanzverluste gestundet würden. Darüber hinaus wären nichtentnommene Gewinne nicht zu besteuern. Der Arbeitsmarkt wäre derart zu „flexibilisieren“, als Kündigungsvorschriften, einschließlich der Abfertigung, wegzufallen hätten und die Löhne an die Ertragsentwicklung der Betriebe zu binden wären. Weiters bliebe die schon erwähnte Solidarleistung erforderlich, da sie bewirken müßte, daß das ostdeutsche Lohnniveau wieder vom westlichen abgekoppelt wird. Letztlich sollte die Treuhandanstalt auch die Möglichkeit erhalten, Sanierungsfälle auszuschreiben und dazu Zuschüsse zu leisten.

Nun kann man sicherlich über alle diese Vorschläge diskutieren und auch die Dramatik der langfristigen Entwicklung dadurch etwas dämpfen, daß man – Versprechungen hin oder her – zur Kenntnis nimmt, es werde eben keine volle Ausgleichung der östlichen Landesteile geben; solche Unterschiede existieren schließlich überall und sind auch unbedenklich, wenn sie nicht – wie in Süditalien – zu permanenter Stagnation führen.

Aber alles das ändert nichts an der Tatsache, daß Wehner eine präzise Analyse des Problems geliefert hat, die ihre Faszination zwar vom Lauf der Ereignisse bezieht, aber vom Autor mit bestechender Klarheit, ja geradezu

spannend präsentiert wird. Wer über die ökonomische Vereinbarung Deutschlands reden will, muß das Buch gelesen haben.

Felix Butschek